

Deutsches Sparverhalten: Michel im Schraubstock

In den Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg haben sich die Bürger Deutschlands den Titel eines Sparweltmeisters erarbeitet. Für ihre hohe Sparquote sind die Bürger nicht selten gelobt, aber auch belächelt worden.

Während die einen im Spareifer Zeichen großer Tugendhaftigkeit erkennen, machen andere Witze über die gigantische Fehlallokation des deutschen Sparvermögens.

Klar ist aber, dass die Zeiten sich seit der großen Finanzkrise radikal verändert haben. Zwar konnten wir bis zum Kollaps von Lehman Brothers im Herbst des Jahres 2008 die Zinsbesessenheit deutscher Anleger noch für einigermaßen rational, wenn gleich suboptimal, halten. Das aktuelle Zinssparen in Sparverträgen, Bausparverträgen, klassischen Kapitallebensversicherungen und dergleichen ist aber durch die konsequente Geldpolitik der Europäischen Zentralbank absurd geworden. Damit aber noch nicht genug: Für den Zins-Michel ist es zwar schlimm, jahrelang mit Magerzinsen abgespeist zu werden, aber sein größter Feind ist die stetige Geldentwertung, die sich als hartnäckiger Begleiter über die Jahrzehnte hinweg erwiesen hat. Im Juni lag die jährliche Teuerungsrate bei 2,1 Prozent, sodass die Kaufkraft der Bürger langsam

aber sicher erodiert. Noch ärger als Gegner erweist sich der Staat, der nominale Einkommen mit ho-



hen Steuern und Abgaben belegt und damit der realen Vermögenserosion der Bürger Nahrung gibt. Per Saldo nehmen also Dauerniedrigzinsen, Geldentwertung und Zwangsabgaben den deutschen Zins-Michel in den Schraubstock. Die in Berlin Regierenden sollten Gott danken, dass die Deutschen wahrlich kein Volk von Revolutionären sind.

Apropos Staat: Die aktuell vorgelegten Vorschläge zur Sicherung der Renten laufen in die allzu be-

kannte Richtung. Der Steuerzahler soll einen noch höheren Anteil an den zukünftigen Ruhegeldzahlungen schultern. So kennen wir es bereits seit Jahren. Vokabeln wie Demographiefonds, demographischer Faktor oder Riester- und Rürup-Renten haben sich samt und sonders als Flops erwiesen, wie ja deren kurze Halbwertszeit hinreichend belegt. An Themen wie „Beamtenrechtsreform“ oder mehr Kinder pro Frau wagt sich keine Bundesregierung heran. Stattdessen hat der Steuerzahler stets die Zeche für den deutschen Sonderweg zu zahlen, der unter anderem darin besteht, keine tragfähige dritte Säule der Altersvorsorge etabliert zu haben. Dazu waren Unwissen und Misstrauen gegenüber kapitalgedeckten Ansparsystemen zu groß, obwohl jene Länder, die solche Systeme etabliert haben wie zum Beispiel die Schweiz, die Niederlande, Großbritannien und die USA, damit gute Erfahrungen gemacht haben. Vielleicht ist es sogar der größte ökonomische Fehler der Bundesrepublik Deutschland, die eigentümliche Beteiligung der Bürger an der produkti-

ven Wirtschaft sträflich vernachlässigt zu haben. Wie ich aber jüngst aus erster Hand lernen musste, interessiert sich die Politik in Berlin überhaupt nicht für das Thema. Der Versuch der LOYS AG, mit dem Bundeswirtschaftsminister diesbezüglich in Kontakt zu kommen, ist bereits an dessen Vorzimmer jäh abgeperlt.

Aber wir lassen es uns nicht anfechten. Die Klugen im Lande werden ohnehin wissen, dass der Weg zu Wohlstand, Vermögen und guten Rentenbezügen über Miteigentum an Unternehmen

führt. Und solange Berlin mit sprudelnden Steuereinnahmen gesegnet ist und die bestehenden riesigen Verbindlichkeiten aus Beamtenpensionen, Griechenlandrettung, Target-Risiken etc. nicht bilanziert werden müssen, besteht allemal keine Chance auf klügere Prioritäten in der Politik.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns